



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Ausschreitungen in Stuttgart – Solidarität mit den Einsatzkräften und Prävention von Gewaltexzessen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen, die blinde Zerstörungswut, die Plünderungen von Geschäften und Angriffe gegen Unbeteiligte und die Polizei in der Stuttgarter Innenstadt in der Nacht von Samstag auf Sonntag, den 21.06.2020, auf das Schärfste.
2. Der Landtag dankt allen Polizistinnen und Polizisten, die im Einsatz waren, und wünscht allen Verletzten schnelle und vollständige Genesung.
3. Der Landtag missbilligt Hass und Gewalt gegen die Polizei. Die Polizei verteidigt unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung.
4. Die Sicherheit des öffentlichen Raums ist die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger, sich ohne Angst bewegen zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zu prüfen, ob in Bayern Potentiale erkennbar sind, die eine vergleichbare Gewalteskalation befürchten lassen,
- zu ermitteln, welche präventiven und deeskalativen Maßnahmen ergriffen werden können, insbesondere im Bereich der Alkohol- und Drogenprävention, um eine vergleichbare Dynamik gar nicht erst entstehen zu lassen,
- zu analysieren, wie engagiertes Streetworking und mobile Jugendarbeit vor Ort auch in Bayern gestärkt werden können,
- ein wissenschaftliches Forschungsprojekt in Auftrag zu geben, das die Gewaltpotentiale bei insbesondere jugendlichen Männern in Verbindung mit Drogen- und Alkoholkonsum analysiert, und Gegenstrategien erarbeitet.

### **Begründung:**

Die erschreckenden Taten von Stuttgart sind nach Auffassung der beteiligten Ermittler keiner politischen Motivation zuzuschreiben. Geeint waren die Täter aber offenbar in einem gemeinsamen Feindbild Polizei. Diese Entwicklung muss uns auch in Bayern sensibilisieren.

Es ist wichtig, zu ermitteln, welche Ursachen und welche Dynamiken zu diesem Gewaltausbruch geführt haben und wie dies für die Zukunft verhindert werden kann. Deshalb ist die Staatsregierung aufgerufen, sich eng mit den ermittelnden Behörden in Baden-Württemberg abzustimmen und von deren Erfahrungen und Analysen zu lernen. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob es auch in Bayern vergleichbare Gewaltpotentiale gibt. Nur durch frühzeitige Prävention kann Gewalt verhindert werden.